

# Connection e.V.

Internationale Arbeit für Kriegsdienstverweigerer  
und Deserteure aus Kriegsgebieten



Von-Behring-Str. 110  
D-63075 Offenbach

Tel.: +49 (0)69 8237 5534  
Fax: +49 (0)69 8237 5535

office@Connection-eV.org  
[www.Connection-eV.org](http://www.Connection-eV.org)

Offenbach, 11. Februar 2019

## Ukraine: Update zu Rekrutierung, Militärdienst und Kriegsdienstverweigerung

Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland eskalierte erneut im November 2018 in der Meerenge von Kertsch. Die Ukraine erklärte Ende November 2018 Kriegsrecht für eine befristete Zeit für einige Regionen der Ukraine. Am 3. Dezember 2018 kündigte der ukrainische Präsident Poroschenko zudem an, Reservisten einzuberufen. Auch wenn das Kriegsrecht nicht verlängert wurde, ist dies Anlass, ein Update zur Situation von Kriegsdienstverweigerern, Militärdienstentziehern und Deserteuren in der Ukraine zu geben. Ausführlich hatten wir dazu bereits am 31. Januar 2018 Stellung bezogen.<sup>1</sup>

## Eingeschränkte Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung

Eine ausführliche Darstellung findet sich in oben genannter Stellungnahme. Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine zwar existiert, dies aber „aufgrund der Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung auf religiöse Gründe und hier konkret auf eine Liste von religiösen Gemeinschaften (die jeden Militärdienst ablehnen), der Ausgrenzung von Soldaten und Reservisten von der Antragstellung und der möglicherweise mit einer Mehrzahl von Militärangehörigen besetzten Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung nicht garantiert ist. Im Militär drohen ihnen schwerwiegende Misshandlungen.“<sup>2</sup>

## Übergriffe bei letzten Einberufungszyklen – Einberufung von Reservisten

In der Ukraine gibt es zwei Mal im Jahr Einberufungszyklen. Die letzte war am 27. September 2018 vom Generalstab der ukrainischen Armee, Oberst Valeriy Dendebera, bekannt gegeben wor-

---

<sup>1</sup> Connection e.V.: Ukraine – Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung, Militärdienstentziehung und Strafverfolgung. 31.1.2018. [www.Connection-eV.org/pdfs/ukraine\\_stellungnahme2018.pdf](http://www.Connection-eV.org/pdfs/ukraine_stellungnahme2018.pdf)

<sup>2</sup> aaO, Seite 3f

den. Insgesamt 18.000 junge Männer sollten bis zum 31. Dezember 2018 durch die örtlichen Rekrutierungsbehörden einberufen werden.<sup>3</sup> Es ist dabei genau festgelegt, welche Städte wie viele Wehrpflichtige aufbringen müssen.<sup>4</sup>

Wegen des neu aufgeflammt Konflikt mit Russland hatte Präsident Poroschenko noch während dieses Einberufungszyklus weitergehende Maßnahmen verkündet. Der Deutschlandfunk berichtete am 3. Dezember 2018: „Die Ukraine hat wegen der jüngsten Spannungen mit Russland die Einberufung von Reservisten angekündigt. Zur Stärkung der Landesverteidigung würden im Rahmen des neu geltenden Kriegsrechts zudem einige Einheiten innerhalb des Landes verlegt, teilte Präsident Poroschenko in Kiew mit.“<sup>5</sup>

Verschiedentlich gab es Berichte, dass diese Einberufungszyklen auch mit willkürlichen und außergesetzlichen Rekrutierungen einhergehen, da die Rekrutierungsbüros angewiesen worden seien, eine bestimmte Anzahl Soldaten zu rekrutieren: „Sie sind dann dazu übergegangen, junge Männer auf den Straßen abzufangen“, berichtete ein Menschenrechtsaktivist über die Rekrutierungen im Frühjahr 2018. „Musterungsbehörden nehmen Personen einfach mit, bringen sie zu Sammelpunkten, die wie Untersuchungsgefängnisse ausgestattet sind. Der Zugang zu Rechtsanwält\*innen wird verwehrt, selbst bei Meldung an die Polizei. Gesetze werden verletzt. Bei einem Diabetiker, der nicht hätte einberufen werden sollen, gab es trotzdem eine Einberufung. Er wurde auch nicht ausgemustert.“<sup>6</sup>

Ähnlich lautete ein Bericht über die Einberufungen im Herbst 2018: „Die Polizei nahm junge Männer auf der Straße, an Bushaltestellen und sogar an den Arbeitsplätzen fest und brachte sie unverzüglich zu den Rekrutierungsbüros. Eine Mutter berichtete, dass ihr 22-Jähriger ganz offensichtlich behinderter Sohn zwangsweise einberufen worden sei ohne jede Untersuchung. Statt ihn nach Hause zu schicken, sei er zu seiner neuen Militäreinheit gebracht worden. Ein Sprecher der Polizei sagte gegenüber der Presse, dass sie dazu angehalten seien, nicht nur die Personalien zu kontrollieren, sondern Personen im Wehrpflichtigenalter zu verhaften.“<sup>7</sup>

In einem Bericht der taz wird ein weiterer Fall genannt: „der Wehrpflichtige Andriy (Name geändert) berichtete von einem ungewöhnlichen Vorgehen der Militärs, die Reihen der Wehrpflichtigen zu füllen. Im Stadtzentrum von Odessa sei er vor wenigen Tagen von einem Offizier und einem Polizisten angesprochen worden. Diese hatten ihn aufgefordert, zur Wehrbehörde zu kommen. Sofort sei er dort medizinisch untersucht und für tauglich erklärt worden.“<sup>8</sup>

Das Home Office, das britische Innenministerium, weist in seiner Stellungnahme auch darauf hin, dass es weiterhin Misshandlungen im Militär gibt.<sup>9</sup> In unserer Stellungnahme vom 31.1.2018 hatten wir dazu auch einen konkreten Fall einer Zwangsbeschneidung geschildert, der deutlich machte, dass solche Übergriffe und Misshandlungen gerade gegenüber den Soldaten stattfinden, die sich dem Kampfauftrag verweigern oder sich kritisch dazu verhalten.<sup>10</sup>

---

<sup>3</sup> ukrinform.net: Ukraine to draft 18,000 people into army during autumn conscription campaign. 27.9.2018

<sup>4</sup> Bernhard Clasen: Viele drücken sich, taz, 23.10.2018

<sup>5</sup> Deutschlandfunk: Ukraine beruft Reservisten ein. 3. Dezember 2018

<sup>6</sup> Das Interview mit dem Menschenrechtsaktivisten liegt Connection e.V. vor.

<sup>7</sup> Hungary today: Ukraine's Crackdown on Draft Dodgers could Affect Transcarpathian Hungarians. 14.12.2018

<sup>8</sup> Bernhard Clasen: Viele drücken sich, taz, 23.10.2018

<sup>9</sup> Home Office: Ukraine – Military Service, Oktober 2018

<sup>10</sup> Connection e.V., 31.1.2018, Seite 3

## Viele entziehen sich der Wehrpflicht

Immer wieder wird berichtet, dass sich viele den Rekrutierungen entziehen. „80.000 bis 85.000 Männer umgehen den Militärdienst, sagte Generalleutnant Igor Romanenko, der ehemalige Chef des Generalstabes der ukrainischen Streitkräfte“, so die taz am 23. Oktober 2018.<sup>11</sup> „68% der jungen Männer meldete sich nicht“ gemäß News-Site 112.international am 7.11.2018.<sup>12</sup> Der Militärkommissar der Stadtgarnison von Kiew, Sergej Kljawin, sprach davon, dass „Wehrdienstverweigerer rund 80 Prozent der wehrdienstpflichtigen Stadtbevölkerung ausmachen“. Die meisten hätten ihre Einberufungsbefehle ignoriert. „Nach heutigem Stand verweigerten 33.619 Personen die Wehrpflicht.“<sup>13</sup>

## Strafverfolgung - fehlende Amnestie

Verschiedentlich wird berichtet, dass es bei Militärdienstentziehung zwar eine Strafandrohung von bis zu drei Jahren Haft gebe<sup>14</sup>, aber „in der Praxis verhängen die Gerichte in den meisten Fällen Geldstrafen oder Bewährungsstrafen.“<sup>15</sup> Auch die taz berichtete am 23.10.2018: „Zwar ist im Gesetz auch eine Freiheitsstrafe von drei Jahren für die Weigerung, der Einberufung zu folgen, vorgesehen. Doch bisher wurden keine Freiheitsstrafen verhängt. Jedes Jahr würden 1.500 Strafverfahren wegen Nichtbefolgung der Einberufung eingeleitet. Doch nur in zehn Prozent der Fälle treffe das Gericht überhaupt eine Entscheidung. Und da gebe es nur Geld- oder Bewährungsstrafen.“<sup>16</sup>

Desertion kann nach Artikel 408 des Strafgesetzbuches mit zwei bis fünf Jahren Haft bestraft werden.<sup>17</sup> Im Juni 2018 wird berichtet: „In dem Register der Gerichtsentscheidungen gibt es Dutzende Fälle, bei denen sich Kämpfer dem Dienst entzogen haben. Etwa ein Viertel davon betrifft Fälle von Desertion. Es ist interessant, dass die meisten der Gerichtsakten zur Desertion für die Öffentlichkeit geschlossen sind.“<sup>18</sup> Das dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, warum sich in einschlägigen Quellen zu der Zahl der abgeschlossenen Strafverfahren und zur Höhe der Strafen bei Desertion keine Angaben finden.

Weiterhin besteht auch noch ein am 5. Februar 2015 beschlossenes Gesetz, wonach Kommandeure bei Ungehorsam, Widerstand oder Unbotmäßigkeit gegenüber den Soldaten Gewalt anwenden dürfen.<sup>19</sup> In dem Gesetz heißt es: „In einer Kampfsituation kann der Kommandeur Waffen benutzen oder den Untergebenen Anordnungen zum Waffengebrauch erteilen, wenn kein anderer Weg vorhanden ist, das Vergehen zu beenden.“<sup>20</sup> Damit werde, so die Agentur Newsweek in ihrem Bericht, „den Kommandeuren gestattet, in den bewaffneten Streitkräften auf Deserteure oder Befehlsverweigerer zu schießen.“<sup>21</sup>

---

<sup>11</sup> Bernhard Clasen: Viele drücken sich, taz, 23.10.2018

<sup>12</sup> 112.international: 5,000 conscripts enlisted in Ukrainian army during ongoing draft. 7.11.2018.

<sup>13</sup> Sputnik News: Krieg im Osten. 13.10.2018

<sup>14</sup> ausführlich hierzu Connection e.V., 31.1.2018

<sup>15</sup> Home Office: Ukraine – Military Service, Oktober 2018

<sup>16</sup> Bernhard Clasen: Viele drücken sich, 23.10.2018

<sup>17</sup> ausführlich hierzu Connection e.V., 31.1.2018

<sup>18</sup> [www.stalkerzone.org](http://www.stalkerzone.org): Why Ukrainian Soldiers Desert and Switch zu the LDPR's Side. 1. Juni 2018

<sup>19</sup> Home Office: Ukraine – Military Service, Oktober 2018

<sup>20</sup> nach Newsweek, 6. Februar 2015, a.a.O. Gesetzestext kann heruntergeladen werden unter <http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/zweb2/webproc34?id=&pf3511=53587&pf35401=324789>

<sup>21</sup> Newsweek, 6. Februar 2015, a.a.O., siehe auch Global Security.org: Ukraine – Military Personnel; Seite zuletzt am 9. Februar 2017 aktualisiert

Selbst wenn es bei Militärdienstentziehern keine umfangreiche Strafverfolgung gibt, so bleibt festzuhalten, dass die Ukraine keine generelle Regelung verabschiedet hat, Deserteure und Militärdienstentzieher der Mobilisierungen 2015 und 2016 zu amnestieren. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass sowohl die UN-Menschenrechtskommission<sup>22</sup>, wie auch der UN-Menschenrechtsausschuss<sup>23</sup> die „Staaten als Teil der Friedenskonsolidierung nach Konflikten ermutigt hat, die Gewährung und wirksame Umsetzung von Amnestien und der Wiederherstellung von Rechten im Gesetz und in der Praxis für diejenigen zu verankern, die sich wegen Kriegsdienstverweigerung der Ableistung des Militärdienstes verweigerten“.

## **Übergriffe gegenüber Minderheiten, Menschenrechtsaktivist\*innen und andere**

Am 14. Juni 2018 wandten sich Amnesty International, Front Line Defenders, Human Rights Watch und Freedom House mit einem Offenen Brief an den ukrainischen Innenminister Arsen Avakov und wiesen darauf hin, dass in den davor gelegenen Monaten die Organisationen „einen deutlichen Anstieg von Angriffen, Drohungen und Beleidigungen gegenüber LGBTI-Aktivist\*innen, Frauenrechtlerinnen und andere Menschenrechtsaktivist\*innen“ feststellen mussten. Die Angriffe richteten sich gegen alle, die „andere Ansichten vertraten“, als die Mitglieder dieser radikalen nationalistischen Gruppen. Insbesondere sei festzustellen gewesen, dass die Nationale Polizei der Ukraine keine Maßnahmen dagegen eingeleitet habe.<sup>24</sup>

In unserer Stellungnahme vom 31. Januar 2018 hatten wir bereits auf ebensolche Übergriffe gegen den Journalisten Ruslan Kotsaba hingewiesen. Er wurde Ende 2017 mehrmals von nationalistischen Gruppen angegriffen. Die Polizei hatte sich jedoch geweigert, Anzeigen aufzunehmen.<sup>25</sup> In einem dieser Fälle stürmte das Nationale Corps den Gerichtssaal bei einem Prozess gegen den Kriegsdienstverweigerer Ruslan Kotsaba mit Rufen wie „Ruhm der Ukraine - Tod den Feinden“. Kotsaba musste zur Sicherheit das Gerichtsgebäude über einen Hinterausgang verlassen.<sup>26</sup>

Auch der UN-Hochkommissar für Menschenrechte stellte im Bericht Februar bis Mai 2018 fest: „Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte ist tief besorgt, dass auf dem von der Regierung kontrollierten Gebiet extreme rechte Gruppen 25 verschiedene Angriffe durchführten, die oft ohne jede Strafverfolgung blieben.“<sup>27</sup>

Hinzuweisen ist hier auch darauf, dass verschiedene Verantwortliche dieser radikal rechten Gruppen Teil des Staatsapparates sind.<sup>28</sup>

Zudem hat das ukrainische Parlament im Oktober 2010 beschlossen, die nationalistische Grußformel „Ruhm der Ukraine – Den Helden Ruhm“ verpflichtend für Armee und Polizei einzuführen. Ursprünglich stammt die Formel aus dem Zweiten Weltkrieg von der Organisation Ukrainischer

---

<sup>22</sup> UN Commission on Human Rights, Resolution 2004/35, ([E/CN.4/RES/2004/35](#)), 19. April 2004, Abschnitt 4.

<sup>23</sup> UN Human Rights Council, Resolution 24/17 (A/HRC/RES/24/17), 8. Oktober 2013, Abschnitt 14.  
<http://undocs.org/A/HRC/RES/24/17>

<sup>24</sup> Joint Letter to Ukraine's Minister of Interior Affairs and Prosecutor General Concerning Radical Groups. 14. Juni 2018

<sup>25</sup> Connection e.V., 31.1.2018

<sup>26</sup> Bernhard Clasen: Der Preis der Unabhängigkeit. taz, 13. Juli 2017

<sup>27</sup> Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights: Report on the human rights situation in Ukraine, 16 February to 15 May 2018

<sup>28</sup> Bernhard Clasen: Der Preis der Unabhängigkeit, taz vom 13.7.2017

Nationalisten um Stepan Bandera. Den Gruß brachten Nationalisten während der Proteste im Winter 2013/2014 wieder in Umlauf.<sup>29</sup>

## **Rückkehrgefährdung**

Aufgrund der aktuellen Situation in der Ukraine sehen wir Kriegsdienstverweigerer, Militärdienstentzieher und Deserteure bei einer Rückkehr als gefährdet an:

Allen Rückkehrern droht erneute Rekrutierung, da es trotz Waffenstillstandsabkommen zu Kampfhandlungen kommt und die Ausrufung des Kriegszustandes wie Ende 2018 auch dazu führen könnte, dass eine allgemeine Mobilmachung angeordnet wird. Wie oben geschildert, finden auch weiterhin willkürliche und außergesetzliche Zwangsrekrutierungen statt.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gilt nur sehr eingeschränkt. Wer keiner religiösen Gruppe angehört, die vom Staat anerkannt ist und grundsätzlich Militärdienst ablehnt, hat keine Möglichkeit der Antragstellung. Auch Reservisten wird eine Antragstellung verwehrt. Durch die derzeitige Einberufungspraxis droht ihnen Rekrutierung zum Militär. Somit bleibt diesen Kriegsdienstverweigerern der Zugang zu dem vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte festgestellten Recht auf Kriegsdienstverweigerung entsprechend internationalen Standards verwehrt.

Zwar weisen die Quellen darauf hin, dass bislang keine umfassende Strafverfolgung von Militärdienstentziehern stattfindet. Da Militärdienstentziehung jedoch nicht amnestiert wurde, es also keine generelle Einstellung aller Verfahren gibt, kann bei Rückkehrern nach wie vor ein Strafverfahren stattfinden.

Die Quellenlage zur Strafverfolgung von Desertion weist darauf hin, dass Strafverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Auch die Gerichtsakten sind nicht öffentlich. Angesichts von Berichten, die bei Strafverfahren die Nichteinhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien konstatieren, ist hier von einer Verfolgung auszugehen.

Durch den zunehmenden Einfluss des Rechten Sektors in Politik, Staatsapparat und Militär, der sich durch die Übernahme bestimmter Funktionen des Staatsapparates ausdrückt, aber z.B. auch durch die fehlende Strafverfolgung von Übergriffen durch Gruppen des Rechten Sektors oder auch der Übernahme einer nationalistischen Grußformel aus dem II. Weltkrieg für Armee und Polizei, unterliegen Militärdienstentzieher und Deserteure dem dann zunehmend durch staatliche Institutionen erhobenen Vorwurf, Verrat an der nationalistischen Sache begangen zu haben. Der Einfluss stellt auch die Unabhängigkeit der Justiz in Frage. Am Beispiel von Ruslan Kotsaba ist zu sehen, dass rechtsstaatliche Verfahren nicht mehr eingehalten werden.

Bei einer zwangsweisen Rückkehr sehen sich Kriegsdienstverweigerer, Militärdienstentzieher und Deserteure nicht nur der Gefahr einer Strafverfolgung wegen ihrer bisherigen Verweigerung, Entziehung und Desertion ausgesetzt. Bei einer erneuten Rekrutierung würde ihnen bei erneuter Verweigerung ein weiteres Strafverfahren drohen.

Somit sind Ermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen und Verurteilungen, wie auch Einschüchterungen und Willkürmaßnahmen jederzeit möglich.

---

<sup>29</sup> Spiegel Online: Ukraine führt umstrittene Grußformel für Armee und Polizei ein. 4.10.2018